

Gemeinsame Pressemitteilung

Stuttgart, 10. Februar 2019

**Der Landesfrauenrat und pro familia Baden Württemberg kritisieren den Vorstoß des Bundesgesundheitsministeriums für fünf Millionen Euro eine „neue“ Studie zu Schwangerschaftsabbrüchen in Auftrag zu geben.**

**Eine Studie zu „seelischen Folgen von Schwangerschaftsabbrüchen“, die Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) in Auftrag geben will, wird mit 5 Millionen Euro zusätzlich finanziert.**

Der Landesfrauenrat und pro familia Baden-Württemberg sind entsetzt darüber, welche Richtung von der Bundesregierung in der Debatte um den § 219a nun vorgegeben wird. Ein Kompromiss, der hoch umstritten ist und für Frauen und Ärzt\*innen keine Rechtssicherheit bringt und nun auch noch die Mittelbewilligung von 5 Millionen aus dem Bundeshaushalt für eine überflüssige und schon im Titel tendenziöse Studie.

„Wir brauchen keine weitere Studie zu den Folgen von Schwangerschaftsabbrüchen. Nicht der Schwangerschaftsabbruch ist ein „Problem“, sondern die Stigmatisierung in der Gesellschaft und eine Gesetzeslage, die den Schwangerschaftsabbruch immer noch als Straftatbestand führt und ein Kompromiss zu § 219a, der keine Rechtssicherheit für Ärzt\*innen bringt“, so Charlotte Schneidewind-Hartnagel, die Erste Vorsitzende des Landesfrauenrates heute in Stuttgart.

Und weiter betont Gudrun Christ, die Landesgeschäftsführerin von pro familia Baden-Württemberg, dass diese fünf Millionen Euro sinnvoller in der Förderung der sexuellen Bildung und im verbesserten Zugang zu Verhütungsmitteln angelegt wären. „Aufklärung und sichere Verhütung sind die wichtigsten Maßnahmen, um ungewollte Schwangerschaften zu verhindern. Die kostenfreie Vergabe von Verhütungsmitteln für Menschen mit geringem Einkommen bedarf dringend einer bundeseinheitlichen Regelung, hier ist jeder Cent wichtig“.

**Kontakt:**

**Pressekontakt:**

Gudrun Christ, Geschäftsführerin pro familia Baden-Württemberg, [gudrun.christ@profamilia.de](mailto:gudrun.christ@profamilia.de)  
Tel.: 0711-2599353, mobil 0170-6311280

**Hinweis an die Redaktionen:** Gleichlautende Pressemitteilung wird heute vom Landesfrauenrat Baden-Württemberg verschickt.